

1 HESSENGERECHT.

2 Kommunalpolitische Plattform der hessischen SPD für die Wahl am 27. März 2011

3
4 Die hessische SPD hat am 31. Mai in Stadtallendorf mit HESSENGERECHT. POLITIK FÜR
5 LEBENSWERTE STÄDTE UND GEMEINDEN umfangreiche Leitlinien für
6 sozialdemokratisches Handeln auf kommunaler Ebene beschlossen. Ausgehend von
7 dieser breiten inhaltlichen Grundlage nimmt der Landesparteitag am 27. November
8 2010 mit der vorliegenden Kommunalplattform zu zentralen Handlungsfeldern
9 sozialdemokratischer Kommunalpolitik Stellung.

10 11 12 I. Zehn Ziele für die kommenden fünf Jahre

13 Die hessische Sozialdemokratie streitet unter dem Leitbild HESSENGERECHT. für
14 lebenswerte Kommunen, die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der lokalen
15 Demokratie, eine nachhaltige Wirtschaft und eine solidarische Bürgergesellschaft.

- 16
- 17 1. Wir treten in unseren Kommunen der wachsenden Spaltung unserer Gesellschaft
18 entschieden entgegen. Wir werden die Gegensätze überwinden zwischen
19 Wohlhabenden und Geringverdienern, zwischen existenzsichernd und prekär
20 Beschäftigten, zwischen Inländern und Migranten, zwischen Jungen und Alten,
21 zwischen den gesellschaftlich Aktiven und denen, die nicht mehr teilhaben wollen
22 bzw. können.
 - 23 2. Wir kämpfen für Bildungseinrichtungen, in denen alle Kinder gute Startchancen
24 für ihr Leben erhalten, unabhängig von Herkunft oder Bildung ihrer Eltern. Dazu
25 gehören für uns mehr frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten mit
26 qualifiziertem Personal, echte Ganztagschulen im Sinne unseres Konzepts „Haus
27 der Bildung“, die schwächere Schüler fördern und stärkere fordern, die Kultur,
28 Sport und das Ehrenamt in die Schulen einbeziehen; ein kostenloser und gesunder
29 Mittagstisch für alle und der Einsatz für kostenlose Schülerbeförderung bis zum
30 Abitur.
 - 31 3. Wir sorgen für Kommunen, in denen die Familiengründung für Eltern kein
32 Armutrisiko ist und in denen Beruf und Familie vereinbar sind. Deshalb setzen wir
33 uns für den schnellstmöglichen bedarfsdeckenden Ausbau von
34 Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten ein.
 - 35 4. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Unser Ziel
36 ist das Angebot kostenfreier Bildung für alle jungen Menschen – von der Kita bis
37 zum Master-Abschluss.
 - 38 5. Ältere Berufstätige brauchen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Alle
39 Beschäftigten müssen sich beständig weiter qualifizieren können. Deshalb
40 vernetzen wir die verschiedenen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen
41 zu Zentren des lebensbegleitenden Lernens und schaffen eine flächendeckende
42 Beratungsinfrastruktur für alle Bürgerinnen und Bürger.
 - 43 6. Hessen ist ein Einwanderungsland in der Mitte Deutschlands und Europas.
44 Rund 1,4 Millionen Hessen mit Migrationshintergrund sind überwiegend gut
45 integriert und bereichern unser Land. Bestehende Schwierigkeiten gehen wir
46 beherrscht an, statt Ressentiments zu schüren. Dazu gehören für uns eine bessere
47 Förderung in Kitas und Schulen, der Ausbau von Integrationszentren in den
48 Stadtteilen mit mehr aufsuchender Beratung, ausreichend Ausbildungsplätze, der

1 Einsatz gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, mehr Migranten im
2 öffentlichen Dienst und die Unterstützung bei der Überwindung überkommener
3 patriarchaler Strukturen in manchen Migrantenfamilien. Wir wollen den Islam als
4 gleichberechtigte Religionsgemeinschaft in die Mitte der Gesellschaft holen,
5 erwarten aber auch eine uneingeschränkte Akzeptanz unserer Grund- und
6 Freiheitsrechte, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

- 7 7. Für uns ist die Energiewende nicht allein eine ökologische Notwendigkeit, sondern
8 eine Chance für Wertschöpfung und sichere Arbeitsplätze in einer der zentralen
9 Zukunftsbranchen. Unsere Kommunen sind als Motoren und Partner der Schlüssel
10 für eine erfolgreiche Energiewende. Wir beziehen Bürger und Unternehmen vor
11 Ort aktiv ein. Wir fördern den Ausbau der Elektromobilität. Wir
12 rekommunalisieren, wo sinnvoll und möglich, die Stromnetze und nutzen die
13 zahlreichen innovativen Möglichkeiten für eine dezentrale regenerative
14 Energieerzeugung und mehr Energieeffizienz.
- 15 8. Wir arbeiten für eine hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge. Dazu gehören für
16 uns starke Stadtwerke und Wohnungsgesellschaften als Partner für eine neue
17 Energiepolitik und bezahlbaren Wohnraum in den Ballungsräumen. Voraussetzung
18 für lebenswerte Kommunen sind handlungsfähige Kreise, Städte und Gemeinden
19 mit einer angemessenen Finanzausstattung.
- 20 9. Wir gestalten den demografischen Wandel aktiv und sorgen auch im ländlichen
21 Raum für eine zukunftsweisende soziale und kulturelle Infrastruktur und eine
22 bedarfsgerechte Mobilität für Jung und Alt. Dafür werden wir die Mittel für die
23 Dorferneuerung aufstocken.
- 24 10. Wir stehen ein für eine solidarische Bürgergesellschaft, die Allen eine
25 demokratische Teilhabe ermöglicht. Dazu gehört für uns ein mehr an direkter
26 Demokratie und die Erprobung neuer Beteiligungsformen für engagierte Vereine,
27 Initiativen und Bürger, z. B. des Bürgerhaushalts. In unseren erfolgreichen „Soziale
28 Stadt“-Projekten hat sich das Quartiersmanagement besonders bewährt. Dies
29 wollen wir in Zusammenarbeit mit Aktiven vor Ort ausweiten.

30 31 II.

32 Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik. Unter dem Leitbild HESSENGERECHT.
33 arbeiten sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in
34 Hessen tagtäglich für Kreise, Städte und Gemeinden, in denen alle Bürgerinnen und
35 Bürger

- 36
- 37 • ihre Persönlichkeit in freier Selbstbestimmung entfalten können,
- 38 • unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Einkommen am sozialen und
39 kulturellen Leben teilhaben,
- 40 • gleichberechtigt und deshalb friedlich und solidarisch zusammen leben,
- 41 • attraktive Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten, ein vielfältiges kulturelles
42 Leben, eine intakte Umwelt und ein lebenswertes Umfeld vorfinden,
- 43 • aktiv das Gemeinwesen mitgestalten.
- 44

45 HESSENGERECHT. beschreibt das Leitbild einer solidarischen und demokratischen
46 Kommune. Aus ihm leiten sich für uns die zentralen Handlungsfelder
47 sozialdemokratischer Kommunalpolitik für die nächsten Jahre ab: Wir
48 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fühlen uns verpflichtet

- 49 - einer besseren und gerechteren Bildung,
- 50 - einem stärkeren und solidarischen gesellschaftlichen Zusammenhalt,

- 1 - einer nachhaltigeren Energieversorgung durch eine konsequente Wende zu den
- 2 Erneuerbaren Energien und
- 3 - der Wiedererlangung der finanziellen Handlungsfähigkeit unserer hessischen
- 4 Kommunen, die für das Funktionieren unserer Gesellschaft unabdingbar sind.

8 III. Die Zukunft ist nur mit starken Kommunen zu meistern

10 Unsere Gesellschaft hat in den kommenden Jahren umfassende Veränderungen zu
11 meistern. Der demografische Wandel, die Energiewende, die Modernisierung unserer
12 Bildung, der sich abzeichnende Fachkräftemangel und die Integration von hier
13 lebenden Migranten der zweiten und dritten Generation sind zentrale
14 Herausforderungen. Ihre Bewältigung erfordert eine aktive, vorausschauende,
15 entscheidungsfreudige, entschiedene und dialogorientierte politische Führung auf
16 allen Ebenen.

17 Den Kommunen kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Hier, in der Gestaltung vor Ort,
18 entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Hier muss in bessere Bildung
19 und mehr Integration investiert, Beruf und Familie durch Betreuungs- und
20 Bildungseinrichtungen vereinbart, ältere Beschäftigte auf dem Arbeitsmarkt
21 unterstützt und der Strukturwandel zu neuen Technologien und einer neuen
22 Energieversorgung aktiv begleitet werden.

24 Die SPD in Hessen steht für leistungsfähige Kreise, Städte und Gemeinden. Wir wollen
25 gut aufgestellte Kommunen, die Langzeitarbeitslose erfolgreich betreuen und in Arbeit
26 bringen, lokale Anlaufstellen für Fort- und Weiterbildung schaffen und das
27 lebensbegleitende Lernen vor Ort ermöglichen, die Integrationsarbeit leisten, moderne
28 Schulen bauen und Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen unterstützen.

30 Wir wollen Städte und Gemeinden, die vor Ort dazu beitragen, Familie und Beruf zu
31 vereinbaren und die frühkindliche Bildung zu stärken, die attraktive Angebote für die
32 neue Generation aktiver Senioren genauso anbieten wie eine umfassende und
33 präventive Jugendarbeit und die hochwertige Sport-, Kultur- und Freizeitangebote für
34 alle Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Wir wollen die Mobilität aller Menschen
35 sicherstellen. Wir wollen Kommunen, die die zunehmende Spaltung unserer
36 Gesellschaft in verschiedene Lebenswelten zwischen arm und reich, jung und alt, In-
37 und Ausländer überwinden.

39 Für die Sozialdemokratie in Hessen ist deshalb die Stärkung der kommunalen Ebene,
40 ihrer finanziellen und politischen Handlungsfähigkeit und der Ausbau der
41 Beteiligungsmöglichkeiten ihrer Bürgerinnen und Bürger ein zentrales Ziel. Der
42 Raubbau an der Handlungsfähigkeit der Kommunen, der von CDU und FDP seit Jahren
43 sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene betrieben wird – zuletzt durch die
44 Klientelgeschenke der Berliner Koalition und durch den Griff der Landesregierung in
45 den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von rund 360 Millionen Euro – ist
46 gefährlich für unser Land. Die anstehende Sanierung der öffentlichen Haushalte und
47 die Rückführung der Neuverschuldung darf deshalb nicht auf Kosten unserer ohnehin
48 finanziell unzureichend ausgestatteten Kommunen erfolgen.

51 IV. Unsere Ziele: Lebenswerte Kommunen mit gelebter Solidarität

1 Sozialdemokratische Kommunalpolitik steht für eine gemeinsame Politik im Interesse
2 der Bürgerinnen und Bürger - im Gegensatz zu „Kirchturmdenken“,
3 regionalpolitischem Stillstand und Klientelpolitik.

4 Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern gleichwertige Lebensbedingungen überall in
5 Hessen ermöglichen - innerhalb der einzelnen Kommunen und in den verschiedenen
6 Regionen, im urbanen und im ländlichen Raum. Dabei ist unbestritten, dass mit
7 gleichwertigen Lebensbedingungen nicht gleiche Lebensbedingungen gemeint sind.
8 Urbane wie ländliche Gebiete haben ihren eigenen Charakter, ihren eignen Charme
9 und ihre eigenen spezifische Vorzüge, die sie liebens- und lebenswert machen. Wir sind
10 jedoch die einzige Partei, die die Menschen in den großen Städten und in den Dörfern
11 auf dem Land, in den wohlhabenden Vierteln wie in den Ortsteilen mit Problemlagen
12 gleichermaßen in den Blick nimmt. Wir verstehen uns als die Partei in Hessen, die die
13 Interessen und Bedürfnisse aller Bevölkerungsteile, Regionen und Schichten zu einem
14 zusammenführt. Wir stehen für lebenswerte Kommunen mit gelebter Solidarität. Dazu
15 gehört gleichsam der Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen
16 Kommunen.

17
18 Unabdingbare Voraussetzung für Chancengleichheit ist und bleibt, dass alle
19 öffentlichen Güter – von der Wasserversorgung über das Gesundheitssystem bis zu
20 den weiterführenden Schulen – für jedermann zugänglich und erschwinglich bleiben
21 und dass die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die vor allem von und in
22 den Kommunen vorgehalten werden, weiter bestehen bleiben und bedarfsgerecht
23 ausgebaut werden.

24
25 Wir stehen für eine Politik für Großstädte und Ballungsräume, die Herausforderungen
26 entschieden angeht: Globalisierung, Wanderungsbewegungen, soziale Spaltung und
27 Migration. Unser Ziel sind attraktive, lebendige und durchmischte Städte und
28 Wohnquartiere, in denen Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Kultur und Sport mit kurzen
29 Wegen und integrierten Verkehrskonzepten verknüpft sind. Unser Ziel sind Städte, die
30 sich als gemeinsame Kommunen verstehen und einer räumlichen Segregation
31 entgegenwirken. Wir wollen nicht, dass sich soziale Unterschiede räumlich umsetzen
32 und so zu einer inneren Spaltung der Stadt führen.

33 Den öffentlichen Wohnungsbau und öffentliche Wohnungsunternehmen sehen wir als
34 Partner für eine aktive Stadtteil- und Stadtentwicklungspolitik, für die Energiewende
35 vor Ort und um aktiv für bezahlbare Mietniveaus zu sorgen. Den Ausverkauf der
36 öffentlichen Wohnungsgesellschaften lehnen wir deshalb ab.

37 Das erfolgreiche Projekt "Soziale Stadt", mittels Quartiersmanagement die Bewohner
38 in die Stadtteilentwicklung einzubeziehen, wollen wir auch auf andere Wohnquartiere
39 übertragen, um so mehr Menschen für die Stadtentwicklung zu aktivieren. Schulen
40 besonders in städtischen Lagen wollen wir zu Stadtteilzentren weiterentwickeln, in
41 denen auch Vereine, Verbände und Stadtteilmanagement ihren Platz haben.

42
43 Um im internationalen Wettbewerb der Metropolregionen zu bestehen, muss die
44 Zusammenarbeit der Kommunen im Ballungsraum Rhein-Main besser werden. Wir
45 werden uns deshalb weiter für ein Ballungsraumgesetz einsetzen, dass seinen Namen
46 verdient und die Herausforderungen der Rhein-Main-Region beherzt angeht, statt die
47 Kleinteiligkeit und den regionalen Stillstand zu zementieren.

48
49 Wir stehen für eine Politik für den ländlichen Raum, die den demografischen Wandel
50 aktiv gestaltet, neue Impulse für die Dorfentwicklung setzt und insbesondere die
51 Ortskerne auch bei zurückgehender Bevölkerungszahl attraktiv hält. Dazu gehört für
52 uns der Erhalt einer wohnortnahen Infrastruktur und die gute ÖPNV-Anbindung von

1 Dörfern an die benachbarten Zentren. Dorfgemeinschaftshäusern kommt, auch als
2 Ersatz für den Wegfall von anderen Kommunikationsorten, auch zukünftig eine
3 wichtige Bedeutung zu. Das Älterwerden der Bevölkerung wollen wir mit einem mehr
4 an medizinischer und pflegerischer Infrastruktur im ländlichen Raum begleiten, um
5 alten Menschen ein würdevolles Leben in ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen;
6 für die das ehrenamtliche Engagement insbesondere von Älteren muss eine
7 professionelle Infrastruktur unterstützend zu Verfügung stehen.
8

9 Im Unterschied zu anderen Parteien stehen wir für eine Verkehrspolitik, die den
10 Umstieg vom Auto auf andere Verkehrsträger konsequent fördert, ohne ihn aber
11 erzwingen zu wollen. Die Potenziale von alternativen Verkehrsträgern und integrierten
12 Verkehrskonzepten aus Auto, Fahrrad, ÖPNV und Car-Sharing sind allerdings noch
13 längst nicht ausgenutzt. Gerade im ländlichen und suburbanen Raum werden auch in
14 Zukunft viele Menschen auf das eigene Auto angewiesen sein. Wir stehen deshalb für
15 einen bedarfsgerechten Ausbau des Straßen- und Schienennetzes und werden nicht
16 zulassen, dass die Mobilität der Menschen in kleinen Orten in Zeiten knapper Kassen
17 zum finanzpolitischen Steinbruch gemacht wird.
18

19 Voraussetzung für lebenswerte Städte und Gemeinden ist eine intakte Umwelt. Wir
20 unterstützen deshalb den Natur- und Landschaftsschutz und Maßnahmen, die den
21 Flächenverbrauch regulieren.

22 Wir wollen den Erhalt einer bäuerlichen, der Nachhaltigkeit verpflichteten
23 Landwirtschaft. Sie versorgt uns mit gesunden Lebensmitteln in der Region und erfüllt
24 eine nicht zu unterschätzende landespflegerische Aufgabe. Wir setzen uns darüber
25 hinaus für einen starken Verbraucherschutz und eine effektive Lebensmittelkontrollen
26 ein.
27

28 Wir stehen in den Kommunen für eine Politik, die allen Kindern und Jugendlichen ein
29 selbstbestimmtes Leben in der solidarischen Gesellschaft mit Menschen jeden Alters,
30 jeden Geschlechts und jeder sozialen und kulturellen Herkunft ermöglicht und sie für
31 die aktive Mitgestaltung vor Ort zu gewinnen versucht. Dazu gehört die politische
32 Beteiligung in Kinder- und Jugendparlamenten vor Ort und die Absenkung des
33 Kommunalwahlalters auf 16 Jahre.

34 Wir wollen Kommunen, die Kultur, Sport und ehrenamtliches Engagement als zentrale
35 Elemente des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Teilhabe und der Integration
36 fördern und die ehrenamtlich Aktiven als wichtige Partner bei der politischen
37 Gestaltung würdigen und einbeziehen. Wir wollen Kommunen, die den
38 gesellschaftlichen Zusammenhalt durch soziale Einrichtungen fördern und die Träger
39 der freien Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe wie die ehrenamtlichen und
40 nachbarschaftlichen Netze der Selbst- und gegenseitigen Hilfe unterstützen.

41 Unser Ziel sind Kommunen, die aktiv an der Gleichstellung der Geschlechter arbeiten.

42 Wir wollen Städte und Gemeinden, in denen für die wachsende Zahl der aktiven und
43 „junggebliebenen“ Senioren attraktive Wohn-, Freizeit-, Bildungs- und Sportangebote
44 vorgehalten werden, in denen kein älterer Mensch von Mobilität oder kulturellem
45 Angebot aufgrund seines Einkommens ausgeschlossen wird. Im Lichte des
46 demografischen Wandels wollen wir in den kommenden Jahren besonders den
47 altersgerechten Umbau von Wohnungen unterstützen.
48

49 Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker verstehen sich als
50 verlässliche Partner für Handwerk, Mittelstand und die Unternehmen vor Ort. Wir
51 unterstützen und fördern die wirtschaftlichen Netzwerke, die sich in Hessen
52 herausgebildet haben. Auf Landes- wie auf kommunaler Ebene setzen wir uns für eine

1 Vergabepaxis ein, die Unternehmen mit tariflicher Bezahlung und das Handwerk und
2 den Mittelstand vor Ort fördert. Sparkassen und Volksbanken sind als Dienstleister für
3 die Menschen und als wichtige Kreditgeber der lokalen Wirtschaft vor Ort unerlässlich.
4 Unsere Beschäftigungspolitik hat das Ziel, niemanden zurückzulassen und jedem das
5 Recht auf einen Arbeitsplatz zuzuerkennen. Deshalb wollen wir – neben zahlreichen
6 anderen Beschäftigungsprojekten - geförderte sozialversicherungspflichtige
7 Beschäftigungsverhältnisse insbesondere im sozialen, kulturellen und ökologischen
8 Bereich sowie in lokaler Verantwortung („Job-Lokal“) schaffen, die das gegenwärtige
9 Ausufernde der Ein-Euro-Jobs eindämmen und die existenzsichernd bezahlt werden. Bei
10 der Umsetzung vor Ort kommt den Kommunen eine zentrale Rolle zu.

11
12 Untrennbar verbunden mit handlungsfähigen Kommunen und einem starken
13 Gemeinwesen sind für uns mündige Bürgerinnen und Bürger. Die unmittelbare und
14 aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen ist für
15 uns ein unverzichtbares Ziel und Mittel von Politik. Wir wollen deshalb die direkten
16 Beteiligungsmöglichkeiten in der Kommune und der Partei verbessern, Hürden
17 abbauen und neue Formen der Mitwirkung und Mitentscheidung etablieren. Dazu
18 gehören für uns die Absenkung von zu hohen Mindestquoren bei Bürgerentscheiden,
19 die Stärkung von Vertretungsorganen beispielsweise für Kinder und Jugendliche. Wir
20 wollen außerdem neue basisdemokratische Beteiligungsformen wie den
21 Bürgerhaushalt in verschiedenen Varianten erproben und in den hessischen
22 Kommunen dauerhaft verankern. Wir stehen aber in der Pflicht, über beratende
23 Vertretungsorgane hinaus alle gesellschaftlichen Gruppen wie Senioren und
24 Behinderte über aussichtsreiche Kandidaturen auf Listen in die kommunalpolitischen
25 Entscheidungsprozesse einzubinden.

26 27 28 **V. Entschieden für Bildung und Familie**

29
30 Die Förderung von Bildung und Familie sind Schlüssel zu Selbstentfaltung und
31 individueller Freiheit und gleichzeitig existenzielle Zukunftsfragen für unsere
32 Gesellschaft.

33 Nur wenn es uns gelingt, die verbliebenen Hürden für die Vereinbarkeit von Familie
34 und Beruf in den kommenden Jahren abzubauen und unser Bildungssystem auf die
35 Anforderungen der Zukunft einzustellen, können wir unser Wohlstandsniveau
36 verteidigen und Vollbeschäftigung erreichen. Dazu gehört es auch, ältere Beschäftigte
37 durch beständige Fort- und Weiterqualifizierung für den Arbeitsmarkt fit zu halten.

38 Gelingt es uns hingegen nicht, mehr Menschen in Ausbildung und Studium zu bringen,
39 Frauen und Ältere besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren und alle Berufstätigen
40 lebensbegleitend weiter zu qualifizieren, drohen uns Wohlstandsverluste durch
41 Fachkräftemangel bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit von Menschen mit niedriger oder
42 nicht nachgefragter Qualifikation.

43 Für CDU und FDP sind dies allenfalls Lippenbekenntnisse. Schwarz-gelb hat das
44 Elterngeld wieder gekürzt und mittels „Betreuungsgeld“ Kinder aus bildungsfernen
45 Schichten von frühkindlicher Bildung bzw. Mütter vom Arbeitsmarkt ferngehalten. Die
46 Umsetzung des nationalen Bildungsgipfels von 2009 ist in weite Ferne gerückt. Auch
47 die soziale Auslese des bestehenden Schulsystems wird in Hessen nicht angegangen.
48 Vermeintlich leistungsschwache Kinder aus bildungsfernen oder prekären
49 Verhältnissen werden in unseren Schulen weiter aussortiert statt gefördert. Jahr für
50 Jahr werden dadurch Lebenschancen gemindert und Potenziale für unsere Gesellschaft
51 verschenkt.

1 Durch den schwarzgelben Stillstand in Bund und Land kommt den Kommunen umso
2 mehr eine Schlüsselrolle bei der Förderung von Bildung und Familie zu:

3 Vor Ort wird entschieden, ob es ausreichende und zeitlich flexible
4 Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Berufstätigen gibt. Vor Ort wird über die
5 Qualität frühkindlicher Bildung und der frühen Förderung von Sport, Spiel und
6 Bewegung entschieden. Vor Ort wird entschieden, ob Schulstandorte zu
7 Ganztagschulen mit attraktiven Nachmittagsangeboten, Schulsozialarbeit,
8 Hausaufgabenhilfe und integrierten Angeboten von Vereinen im Sinne des SPD-
9 Konzeptes „Haus der Bildung“ ausgebaut werden. Vor Ort wird entschieden, ob Kitas,
10 Schulen, Jugendhilfe und Sozialarbeit in vernetzten Betreuungskonzepten
11 zusammenarbeiten. Vor Ort wird entschieden, ob auch Schülern aus armen Familien
12 die Beförderungskosten zur Oberstufe bezahlt werden, obwohl die eigentlich dafür
13 zuständige Landesregierung sich verweigert, und ob ein kostenloser Mittagstisch für
14 alle Kinder angeboten wird.

15 Zu einer familienfreundlichen Politik gehören für uns – getreu dem Grundsatz „Kurze
16 Beine – kurze Wege“ auch der Erhalt wohnortnaher Grundschulen.

17
18 Unser Ziel ist das „Haus der Bildung“: Sozialdemokratische Schulträger werden sich für
19 den Ausbau echter Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagstisch verbunden mit
20 einem pädagogischen Betreuungsangebot, Sport, kulturellem Lernen und
21 Nachhilfeangeboten, für längeres gemeinsames Lernen und für einen Ausbau der
22 Schulsozialarbeit einsetzen.

23 Wir wollen unsere Schulen als zentralen Ort von Bildung und sozialer Integration
24 ausbauen und als Schule im Gemeinwesen zur Schnittstelle zwischen den
25 verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen von der Wirtschaft über den Sportverein
26 bis zur Theatergruppe aufwerten. Wir werden die integrative Wirkung der Schulen
27 zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen, zwischen Eltern, Lehrern und Kindern
28 stärken. Wir wollen dabei die Entwicklung der Schule zum selbstständigen
29 Kooperationspartner, zum kommunalen Begegnungszentrum und zum Impulsgeber
30 kommunaler Initiativen für Bildung und Kultur befördern. Wir wollen mehr Autonomie
31 und Eigenverantwortung von Schulen auf Basis von Zielvereinbarungen mit dem Land
32 und dem Schulträger.

33
34 Die lebensbegleitende Qualifizierung und die weitere Fortentwicklung des Wissens
35 und der Fertigkeiten wird immer wichtiger. Die steigende Komplexität der Berufe und
36 die sinkende „Halbwertszeit“ von Qualifikationen, auch der sich abzeichnende
37 Fachkräftemangel machen dies notwendig.

38 Lebensbegleitendes Lernen wird damit auch zu einem Thema der Kommunalpolitik.
39 Lebensbegleitende Fort-, Um- und Weiterbildung muss im Bewusstsein der Menschen
40 und in der beruflichen Praxis verankert und kommunalpolitisch mit den Zentren der
41 Wissensentwicklung und -vermittlung verkoppelt werden. Die Universitäten, die
42 Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen, die Schulen und
43 Bildungseinrichtungen, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer
44 sowie die unternehmerischen Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsinstitute
45 können hier gemeinsam zu Zentren des lebensbegleitenden Lernens vernetzt werden.
46 Dazu bedarf es einer Öffnung der Institutionen, neuer Curricula, neuer Ressourcen.

47 48 49 **VI. Mehr Zusammenhalt und mehr Gerechtigkeit durch erfolgreiche Integration**

50
51 Hessen war und ist ein Einwanderungsland in der Mitte Deutschlands und Europas.
52 Von den sechs Millionen Einwohnern unseres Landes haben ca. 1,4 Millionen einen

1 Migrationshintergrund. Ohne die vielfach gut integrierten Migrantinnen und
2 Migranten wäre Hessens Bedeutung für Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Soziales
3 undenkbar. Es gibt viele Beispiele gelungener Integration. Aber es gibt auch Defizite. Es
4 gilt, Beides in den Blick zu nehmen, um noch besser zu werden.

5
6 Eine aktive Förderung der Integration der hier lebenden Ausländer und ihrer Kinder ist
7 jahrzehntelang verschlafen worden. Viel zu lange wurden Zuwanderer als „Gäste“ und
8 reine Arbeitskräfte behandelt. Viele von ihnen haben sich infolgedessen selbst nicht als
9 Bestandteil unserer Gesellschaft verstanden, obwohl sie längst mit ihren Familien in
10 Deutschland verwurzelt waren und die „Heimat“ nur noch aus dem Urlaub kannten.
11 Erst die rotgrüne Bundesregierung hat im vergangenen Jahrzehnt – gegen den
12 massiven Widerstand der CDU/CSU – die Grundlagen für ein modernes Ausländer- und
13 Einbürgerungsrecht gelegt und für flächendeckende Sprach- und Integrationskurse
14 gesorgt. In Hessen hat die CDU-geführte Landesregierung mit ihren unsäglichen
15 Kampagnen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und gegen jugendliche Migranten
16 Feindseligkeit und Vorurteile geschürt. Mit der „Operation sichere Zukunft“ wurde
17 weiten Teilen der Gesellschaft und damit auch den Migrantinnen und Migranten ein
18 wichtiger Teil der sozialen und institutionellen Basis für eine erfolgreiche
19 gesellschaftliche Integration entzogen.

20 Jahrzehntelange Fehler und Versäumnisse haben ihre Spuren in der Gesellschaft
21 hinterlassen und für Probleme gesorgt, die wir nun umso entschiedener angehen
22 müssen.

23
24 Gelungene Integration zeichnet sich dadurch aus, dass alle Menschen – unabhängig
25 von Herkunft, sozialem Status und kulturellem Hintergrund – aktiv und
26 gleichberechtigt am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben
27 teilnehmen können, sich also als Bürgerinnen und Bürger verstehen und auch so
28 behandelt werden. Integration bedeutet nicht das gesichts- und unterschiedslose
29 Aufgehen in einer Mehrheitsgesellschaft durch vollständige Anpassung. Integration
30 setzt Respekt vor der unterschiedlichen Identität voraus. Es besteht eine Bringschuld
31 der Gesellschaft, den Migranten Chancen einzuräumen und Diskriminierung und
32 bestehende Benachteiligungen abzubauen. Gerade die Chancengleichheit im
33 Bildungssystem und der gleiche Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt sind die
34 Grundvoraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft.
35 Umgekehrt besteht eine Holschuld von Einwanderern, Chancen zur Integration
36 wahrzunehmen, die Sprache zu erlernen und den eigenen Kindern bei der
37 Eingliederung in die Gesellschaft keine Steine in den Weg zu legen. Beides sind zwei
38 Seiten derselben Medaille. Beides lässt sich nicht allein durch Gesetze erzwingen,
39 sondern setzt geduldige Überzeugungsarbeit voraus.

40
41 Bildung ist langfristig das wichtigste Schlüsselement zu gelungener Integration. Viele
42 Gastarbeiter der 1950er bis 1970er Jahre wurden gezielt als Ungelernte aus
43 bildungsfernen Schichten und rückständigen Gebieten ihrer Heimatländer
44 angeworben. Ihre Kinder trafen in Deutschland auf ein gegliedertes Schulsystem, das
45 zu den sozial selektivsten aller Industrieländer gehört und das Kinder aus
46 benachteiligten Schichten aussortiert, statt sie zu fördern. Hinzu kommen tagtäglich
47 erfahrbare Diskriminierungen ausländischer Jugendlicher bei der Ausbildungs- und
48 Arbeitsplatzsuche. Wer über den mangelnden Bildungserfolg und Desintegration von
49 Kindern aus bestimmten Migrantengruppen schwadroniert, darf deshalb über die
50 Chancenungleichheit in unserem Bildungssystem nicht schweigen. Umgekehrt zeigt
51 sich: Ausländische SchülerInnen aus gebildeten Milieus sind teilweise sogar
52 erfolgreicher als deutsche Vergleichsgruppen. Je größer der Bildungserfolg, desto

1 besser sind ausländische Jugendliche integriert, desto weniger anfällig sind sie für
2 Gewalt, Kriminalität oder religiösen Fanatismus. Veränderungen in unserem
3 Bildungssystem sind deshalb ein wichtiger Schlüssel für mehr Integration.

4
5 Besonders die Kommunen können viel für chancengleiche Bildung, Integration und das
6 gute Zusammenleben vor Ort tun - vielerorts unter sozialdemokratischer Führung.

7
8 Wir werden die interkulturelle Kompetenz der Fachkräfte in den Bildungseinrichtungen
9 ausbauen. Sie ist eine weitere Voraussetzung für den pädagogischen Erfolg bei den
10 Kindern. Gerade Lehrkräfte und Erzieherinnen mit Migrationshintergrund und den
11 entsprechenden Erfahrungen sind als Mittler zwischen den Kulturen und als Vorbilder
12 unverzichtbar.

13
14 Zentrale Aufgabe unserer Bildungs- und Integrationspolitik ist die gezielte Förderung
15 von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachse-
16 nen aus Migrantenfamilien. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem erfolgreichen
17 Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Das betrifft auch die
18 abschlussorientierte Nachqualifizierung so genannter Altfälle und von jungen
19 Erwachsenen ohne Schul- oder Berufsabschluss.

20
21 Wir wollen Familienzentren zu Integrationszentren in den Stadtteilen
22 weiterentwickeln, in denen Kinder insbesondere beim vorschulischen Erlernen der
23 deutschen Sprache gefördert, Eltern beraten und durch Bildung für Familien begleitet
24 werden. Die klassische Beratung soll in Zukunft flexibler werden und verstärkt
25 dezentral und aufsuchend arbeiten.

26
27 Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel zur erfolgreichen Integration.
28 Verantwortung für andere zu übernehmen stärkt das Selbstwertgefühl, verschafft
29 Respekt und fördert so Integration. Auch vor dem Hintergrund des sich zunehmend
30 abzeichnenden demografischen Wandels ist es notwendig, dass wir auch die
31 Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund zu bürgerschaftlichem
32 Engagement motivieren und ihre Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinwesens
33 erleichtern. Neben das schon seit langem selbstverständliche Engagement in
34 Migrantenorganisationen sollte zunehmend die Zusammenarbeit von In- und
35 Ausländern in den klassischen Bereichen des freiwilligen Engagements – wie freiwillige
36 Feuerwehren, Vereine, Bürgerinitiativen, Umweltschutz, Tierschutz – treten. Zahlreiche
37 Sportprojekte zeigen, dass die Bedeutung des Vereinssports insbesondere für die
38 Integration von Kindern und Jugendlichen und für die Prävention von sozialer
39 Desintegration und Kriminalität gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Es
40 bedarf deshalb weiterer Anstrengungen, um die Kinder und Jugendlichen mit
41 Migrationshintergrund für Sport als Freizeitgestaltung und im Verein zu begeistern.
42 Hier kommt den Integrationszentren im Wohnquartier eine wichtige Aufgabe zu. Sie
43 können Vernetzungen zwischen den örtlichen Sportvereinen und ihrem Nachwuchs
44 mit Migrationshintergrund herstellen.

45 In viele gesellschaftlichen Bereichen scheint die zunehmende kulturelle Pluralisierung
46 noch nicht angekommen zu sein. Eine deutliche Erhöhung des Anteils von Mi-
47 grantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst ist deshalb geboten – auch um die
48 interkulturelle Kompetenz zu stärken. Sozialdemokratische Integrationspolitik zielt
49 darauf ab, jedem die gleichen Zugangsmöglichkeiten in Staat, Wirtschaft, Kultur und
50 Gesellschaft zu eröffnen.

1 In manchen Familien von Zuwanderern herrschen noch patriarchale, autoritäre
2 Familienstrukturen, die keinen Platz in einer freiheitlichen, pluralen und demokratisch
3 verfassten Gesellschaft haben. Unter nicht erfüllbaren Rollenerwartungen leiden
4 Mädchen wie Jungen. Wir werden insbesondere Mädchen und Frauen helfen, wenn sie
5 in familiäre Konflikte und Zwangssituationen geraten. Jugendliche Migrantinnen und
6 Migranten dürfen nicht gezwungen werden, im Familienverband zu bleiben oder zu
7 heiraten. Für Migrantinnen, die ihre Rolle als Hausfrau und Mutter wahrnehmen, ist
8 die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen wichtig. Dies gilt aber auch für die
9 Männer. Sie eröffnen ihnen eine verbesserte Integration und nicht zuletzt das bessere
10 Verständnis ihrer erzieherischen Verantwortung für die schulische Karriere und die
11 Berufsperspektive ihrer Kinder.

12
13 Wir werden die Debatte um die Rolle und Verankerung des Islam in unserer
14 Gesellschaft versachlichen. Wir treten für die Gleichbehandlung aller Religionen sowie
15 die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates ein. Hessische Bürgerinnen
16 und Bürger muslimischen Glaubens haben ein Anrecht auf einen islamischen Re-
17 ligionsunterricht und auf Anerkennung ihrer religiösen Gemeinschaften als Partner in
18 Staat und Gesellschaft.

19 Wir treten ein für Religionsunterricht für muslimische Schüler in deutscher Sprache
20 und in Deutschland ausgebildete Religionslehrer und Imame, die die Sprache, Werte,
21 Normen, Gesetze und Gebräuche unserer Gesellschaft anerkennen und ihren
22 Gemeinden entsprechende Orientierung bei der Integration geben. Wir erwarten von
23 Muslimen, dass sie sich von fundamentalistischen Positionen distanzieren.

24
25 Von besonderer Bedeutung für die Integration von Minderheiten ist die politische
26 Beteiligung. Deshalb müssen als erste Schritte die Ausländerbeiräte gestärkt und das
27 kommunale Wahlrecht für alle länger in Hessen lebenden Ausländer eingeführt
28 werden. Langfristig wollen wir die hier lebenden Ausländer ermuntern, die deutsche
29 Staatsangehörigkeit – ggf. auch als doppelte Staatsbürgerschaft – anzunehmen.

30
31

32 **VII. Neue Energie für Hessens Kommunen**

33

34 Die Wende zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft stellt für uns Sozialdemokraten
35 eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Die Endlichkeit und die
36 stetige Verteuerung von Öl und Gas, der Klimawandel und die unkontrollierbaren
37 Risiken der Atomkraft machen das Umsteuern hin zu erneuerbaren Energien zu einer
38 globalen Zukunftsfrage. Die SPD in Hessen setzt sich ein für den Ausbau der
39 Erneuerbaren Energien hin zu einem intelligenten, dezentralen Versorgungsnetz mit
40 heimischer Energieerzeugung in örtlicher Trägerschaft. Wir sind der Überzeugung, dass
41 sich mittelfristig der Energiebedarf Hessens vollständig durch erneuerbarer Energien
42 decken lässt, wenn der Umbau konsequent vorangetrieben und die großen Potenziale
43 zur Energieeinsparung konsequent genutzt werden.

44

45 Unsere grünen Mitbewerber betrachten die Energiewende oftmals überwiegend unter
46 ökologischen Aspekten. CDU und FDP betreiben, von Lippenbekenntnissen abgesehen,
47 derzeit das Ausbremsen der Erneuerbaren durch ihre Klientelpolitik für das Kartell der
48 vier großen Atomkonzerne. Für die SPD ist der Ausbau Erneuerbarer Energien in Hessen
49 dagegen nicht nur eine globale umweltpolitische Notwendigkeit, sondern auch und
50 zuzörderst eine historische wirtschaftspolitische Chance und Notwendigkeit für unser
51 Bundesland: Jedes Jahr wird derzeit Energie im Wert von vielen Milliarden Euro nach
52 Hessen importiert, ein großer Teil aus Ländern mit politisch instabiler Lage oder mit

1 fragwürdigen politischen Systemen. In naher Zukunft werden die Preise der fossil-
2 atomaren Energieträger die der erneuerbaren übersteigen – wer aber dann erst
3 anfängt, seine Energieversorgung umzubauen, der hat viel Zeit und Chancen für die
4 Ansiedlung neuer Branchen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung verloren.

5 Der Umbau der Energieversorgung hin zu dezentralen und erneuerbaren Energien, wie
6 die SPD in Hessen ihn anstrebt, wird dazu führen, dass ein immer größerer Teil der
7 Wertschöpfung im Land, in der Region, im Kreis und in der Kommune bleibt

8
9 Durch die Förderung der Erneuerbaren Energien und von mehr Energieeffizienz sind in
10 den vergangenen zehn Jahren bereits Zehntausende neue Arbeitsplätze in Mittelstand,
11 Handwerk, Forschung und Entwicklung entstanden. Die SPD tritt in den Städten und
12 Gemeinden Hessens an, um die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien
13 fortzuschreiben und die Chancen für ein nachhaltigeres Wirtschaften sowie für neue
14 Arbeitsplätze in Mittelstand, Handwerk und den neuen Technologien zu realisieren.

15
16 Für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Handwerk und Mittelstand vor Ort und für
17 die Kommunen eröffnet der Wandel auch in den kommenden Jahren vielfältige neue
18 Chancen:

- 19 • Erneuerbare Energien und Maßnahmen für mehr Energieeffizienz generieren
20 Aufträge in Handwerk und mittelständischen Unternehmen und helfen dabei,
21 die Vorreiterrolle der deutschen Wirtschaft auf diesem Zukunftsfeld
22 auszubauen.
- 23 • Anlagen der erneuerbaren Energien spülen in doppelter Hinsicht Geld in die
24 klammen kommunalen Kassen. Zum einen durch Erträge, wenn sich die Anlage
25 in kommunalem Besitz befindet, und zum anderen durch nicht unerhebliche
26 Gewerbesteueranteile. Die regionale Wertschöpfung wird auf diese Weise
27 gestärkt.
- 28 • Erneuerbare Energien und energieeffiziente Maßnahmen machen Bürgerinnen
29 und Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen unabhängig von steigenden
30 Rohstoffpreisen und führen kurz- bzw. mittelfristig zu Kosteneinsparungen
31 gegenüber den fossilen und nuklearen Energiequellen.

32
33 Die Kommunalwahl 2011 ist ein wichtiger Meilenstein für den weiteren Ausbau der
34 erneuerbaren Energien in unserem Bundesland. Anders als Kohle- und Atomstrom
35 werden erneuerbare Energien dezentral erzeugt und benötigen keine Großkonzerne,
36 sondern eine kreative und vorausschauende Politik vor Ort. Auf kommunaler Ebene
37 existieren vielfältige Möglichkeiten, den Einsatz erneuerbarer Energien und den
38 Ausbau der Energieeffizienz zu ermöglichen und zu fördern. Durch politische Vorgaben
39 kann eine Kommune/ein Landkreis den Ausbau erneuerbarer Energien behindern oder
40 beschleunigen.

41 Wir wollen deshalb, dass die Kommunen in Hessen eine Vorbildrolle bei der
42 notwendigen Energiewende übernehmen. Wir wollen bestehende politische Blockaden
43 aufheben und den Ausbau beschleunigen und Strategien als auch Konzepte für die
44 CO₂-freie Kommune der Zukunft entwickeln. Dabei sehen wir die kommunalen
45 Stadtwerke als wichtige Partner.

46
47 Wir wollen uns deshalb in unseren Städten und Gemeinden insbesondere einsetzen,
48 dass

- 49 • die Kommunen bereits bei ihrer Stadt- und Bauplanung in Zukunft die möglichst
50 optimale Nutzung erneuerbarer Energien berücksichtigen,
- 51 • die energetische Gebäudesanierung unterstützt und gefördert wird,

- 1 • der Ausbau eigener Anlagen und von Beteiligung an Anlagen zur Erzeugung
2 erneuerbarer Energien forciert wird,
3 • wo möglich, der Rückkauf der Stromnetze durch die Kommunen geprüft wird,
4 um so wieder einen größeren politischen Einfluss auf die kommunale
5 Energiepolitik gewinnen zu können und den Anteil erneuerbarer Energien
6 darüber noch auszuweiten. Ein direkter Netzzugang erleichtert die Einspeisung
7 dezentral produzierten Stroms aus erneuerbaren Energien. Durch das nahezu
8 zeitgleiche Auslaufen der Konzessionen in vielen Städten und Gemeinden bietet
9 sich nun vielerorts die historisch einmalige Gelegenheit, durch interkommunale
10 Zusammenarbeit ein regionales Versorgungswerk zu gründen;
11 • die kommunalen Stromnetze zu einem intelligenten Netz („Smart Grid“)
12 umgebaut werden, welches die Aufnahme und Verteilung erneuerbarer
13 Energien erleichtert und den Haushalten und Unternehmen über automatische
14 Regler und intelligente Zähler („Energiebutler“) ermöglicht, Schwankungen bei
15 der Erzeugung Erneuerbarer Energien für besonders billige Stromaufnahme zu
16 Spitzenerzeugungszeiten auszunutzen,
17 • in Hessen Modellprojekte der Elektromobilität in Verbindung mit Strom aus
18 Erneuerbaren Energien verwirklicht werden. E-Autos können „smart grids“ als
19 temporäre Energie-Zwischenspeicher unterstützen und somit einen wichtigen
20 Beitrag für das Management für erneuerbare Energien leisten;
21 • die Erzeugung erneuerbarer Energien im Bereich der Wasser- und
22 Abfallwirtschaft gefördert wird. Viele Chancen einer intelligenten Kopplung von
23 Wasserwirtschaft, Abfallbeseitigung und der Nutzung erneuerbarer Energien
24 sind unausgeschöpft, etwa die Nutzung der Wasserläufe in den
25 Kanalisationssystemen zur Stromerzeugung, die energetische Nutzung der
26 Klärgase und Klärschlämme und anderer organischer Abfälle zur Strom- und
27 Wärmeerzeugung;
28 • die Einführung erneuerbarer Energien durch innovative Finanzierungs- und
29 Bürgerbeteiligungsmodelle beschleunigt wird,
30 • die Energiegewinnung aus Biomasse gefördert wird;
31 • Windkraft auf geeigneten Flächen weiterentwickelt wird. Leider rangiert Hessen
32 bei den Flächenländern infolge der Verhinderungspolitik von CDU und FDP in
33 Bezug auf die Windkraft noch immer als Schlusslicht. Das wollen wir ändern. Bei
34 der Errichtung von Windkraftanlagen sollten kommunale Betreiber wie
35 Stadtwerke oder Bürgerwindparks Vorrang genießen. Die Akzeptanz von
36 Windkraft steigt, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger an solchen Projekten
37 beteiligen können;
38 • die allgemeine Bildung sowie die berufliche Ausbildung und Weiter-
39 qualifizierung im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz
40 vom Landkreis und den Kommunen gezielt gefördert werden;
41 • lokale Energieagenturen gegründet werden, die Beratungsleistungen für Bürger,
42 Unternehmen und Politik erbringen und die Erhebungen sowie Potenzi-
43 alberechnungen in der Kommune durchführen,
44 • der Einsatz der begrenzten finanziellen Ressourcen hinsichtlich der Menge der
45 eingesparten CO₂-Emissionen aus fossilen Energieträgern optimiert wird.
46